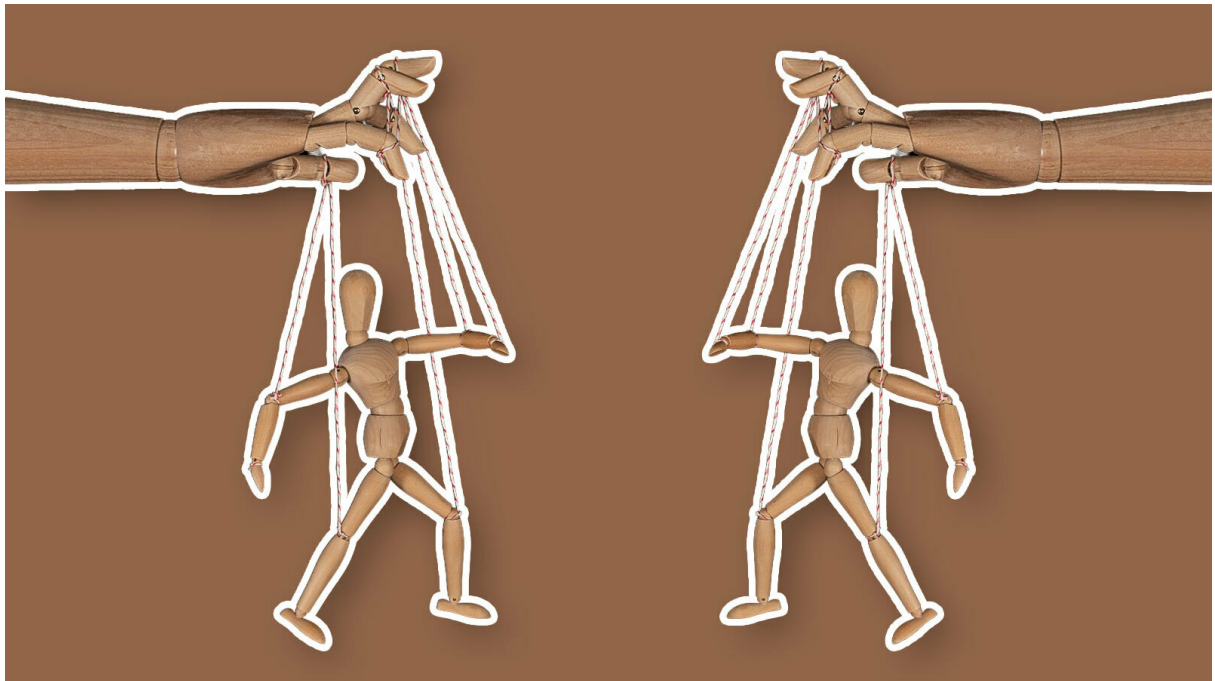




Dienstag, 08. September 2026, 15:00 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Teil des Problems

Wer sich darum streitet, von wem er regiert werden will, ist für die Misere mitverantwortlich, die er beklagt.

von Georg Ashty Bremges
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (TSViPhoto)

Viele deutsche Wähler streiten leidenschaftlich darüber, wer sie regieren soll. Links oder rechts. Rot oder schwarz. Progressiv oder konservativ. Diese Partei oder jene. Dieser Kanzler oder der nächste. Sie

diskutieren Programme, Personen und Koalitionen, als hinge ihre Freiheit davon ab, endlich die richtigen Menschen mit genügend Macht auszustatten. Vielleicht liegt genau darin der Denkfehler. Denn während sich viele erbittert darüber streiten, wer Verantwortung für sie übernehmen soll, stellt kaum jemand die viel unangenehmere Frage: Warum geben wir Verantwortung überhaupt ab? Und damit meine ich nicht nur Politik. Wir haben die Abgabe von Eigenverantwortung tief in unseren Alltag eingebaut. Die Wahl des Organisators ist noch keine Freiheit.

Wir lernen früh, dass jemand anderes den Rahmen setzt. In der Schule entscheidet jemand, wann du kommst, wann du gehst, womit du dich beschäftigst und ob das, was du dabei produzierst, gut genug ist. Später heißt diese Person nicht mehr Lehrer, sondern Chef. Dann entscheidet jemand darüber, wann du morgens erscheinst, wann du Pause machst, wie viel deiner Lebenszeit ihm gehört, welche Aufgabe gerade wichtig ist und welchen monetären Wert eine Stunde deiner Arbeit besitzt.

Und wenn wir uns emanzipieren wollen, suchen wir uns einen besseren Arbeitgeber. Einen netteren Chef. Mehr Homeoffice. Vier Tage statt fünf. Wir nennen das Freiheit, weil wir zwischen verschiedenen Formen der Fremdorganisation wählen dürfen. Dasselbe Prinzip begegnet uns in der Politik. Alle paar Jahre dürfen wir entscheiden, wer für die nächsten Jahre Entscheidungen über unser Leben treffen soll, und feiern bereits diesen Auswahlprozess als Selbstbestimmung. Vielleicht haben wir uns so sehr an Fremdorganisation gewöhnt, dass wir die Wahl unseres Organisators mit Freiheit verwechseln.

Dabei ist die entscheidende Frage nicht: Wer soll mich regieren? Sondern: Warum sollte jemand mein Leben besser organisieren können als ich selbst? Das Problem sind nicht die falschen Leute.

Das ist zunächst keine moralische, sondern eine logische Frage. Wir leben in einer Gesellschaft von über 80 Millionen Menschen und erwarten ernsthaft, dass einige hundert Menschen in Parlamenten, Ministerien und Behörden Entscheidungen treffen können, die dieser ungeheuren Komplexität gerecht werden. Sie sollen wissen, wie Kinder am besten lernen, Menschen arbeiten, Energie erzeugt, Landwirtschaft betrieben, gewohnt, vorgesorgt und gewirtschaftet werden sollte. Was gefördert, besteuert, reguliert und verboten werden muss.

Das Problem ist nicht, dass dort ausschließlich Idioten sitzen. Das wäre fast beruhigend. Dann müssten wir tatsächlich nur endlich die Richtigen wählen. Das Problem ist fundamentaler: Die Aufgabe ist unmöglich zu bewältigen.

Kein Politiker, keine Partei, kein Ministerium und keine Behörde kann über das Wissen verfügen, das notwendig wäre, um Millionen unterschiedlicher Lebensrealitäten sinnvoll zentral zu organisieren. Tatsächlich existiert dieses Wissen zwar. Nur nicht dort oben. Es verteilt sich auf Millionen Menschen.

Der Landwirt kennt seinen Boden besser als das Ministerium. Der Lehrer kennt seine Klasse besser als die Bildungsbehörde. Die Bewohner eines Dorfes kennen ihre Umgebung besser als eine Zentralverwaltung. Der Handwerker kennt seine Arbeit besser als der Verfasser irgendeiner Verordnung – vor allem besser als die Bürokraten der EU. Eltern kennen ihre Kinder besser als irgendein Gesetzgeber. Und wir kennen – zumindest potenziell – unser eigenes Leben besser als irgendein Politiker.

Trotzdem haben wir eine gigantische Maschine gebaut, deren Grundidee darin besteht, Verantwortung immer weiter von den Orten wegzutransportieren, an denen ihre Konsequenzen getragen werden. Und wenn diese Maschine schlechte Entscheidungen produziert, ziehen wir eine erstaunliche Schlussfolgerung: Wir brauchen bessere Maschinisten. Eigeninitiative bitte nur nach Freigabe.

Dasselbe passiert am Arbeitsplatz. In zahllosen Unternehmen sitzen Menschen, die ihre konkrete Arbeit besser verstehen als diejenigen, die sie verwalten. Trotzdem werden Entscheidungen die Hierarchie hinaufgereicht. Mitarbeiter warten auf Freigaben. Abteilungen auf Budgets. Menschen mit zehn Jahren Berufserfahrung fragen Menschen mit drei Monaten Führungserfahrung, ob sie etwas tun dürfen, von dem sie längst wissen, dass es getan werden muss. Und anschließend wundern sich Unternehmen über mangelnde Eigeninitiative. Das ist fast komisch.

Man trainiert Menschen jahrelang darauf, Entscheidungen nach oben abzugeben – und engagiert dann Coaches, die ihnen wieder „Ownership“ beibringen sollen.

Ich glaube, Menschen fehlt nicht die Fähigkeit zur Eigenverantwortung. Wahrscheinlich wird sie ihnen durch die aufgebauten Systeme systematisch abtrainiert. Fremdbestimmung ist verdammt bequem. Trotzdem wäre es zu einfach, jetzt nur auf Politiker, Arbeitgeber und Institutionen zu zeigen. Denn Fremdbestimmung hat einen gewaltigen Vorteil: Sie entlastet.

Eigenverantwortung klingt großartig, bis man versteht, was sie bedeutet. Wer selbst entscheidet, kann sich nicht mehr hinter dem Chef verstecken. Nicht hinter der Regierung. Nicht hinter der Firma. Nicht hinter „den Umständen“. Wer selbst entscheidet, kann falsch entscheiden. Er kann scheitern. Geld verlieren. Sich lächerlich

machen. Und er kann feststellen, dass im Ernstfall niemand kommt, um ihn zu retten.

Freiheit hat einen Preis. Und dieser Preis heißt Verantwortung. Vielleicht ist deshalb ein Teil der Fremdbestimmung, die wir beklagen, gleichzeitig erstaunlich bequem. Der Chef ist ein arschloch? Gut. Dann wissen wir wenigstens, warum wir morgens keinen Bock haben, zur Arbeit zu gehen. Die Regierung baut Scheiße? Hervorragend. Dann wissen wir, warum unser Leben nicht funktioniert. Das System verbietet uns dieses oder jenes. Perfekt. Dann müssen wir wenigstens nicht herausfinden, was passieren würde, wenn wir tatsächlich handelten.

Natürlich gibt es reale Machtverhältnisse, Abhängigkeiten und Lebensumstände, die ein Einzelner nicht einfach verändern kann. Aber zwischen „Ich kann nicht alles kontrollieren“ und „Ich bin für nichts verantwortlich“ – in anderen Worten „man kann ja eh nichts machen“ liegt ein sehr großer Aktionsradius.

Und genau dort endet Freiheit. Gesellschaft muss nicht organisiert werden Selbstorganisation bedeutet nicht, dass 80 Millionen Menschen allein in Waldhütten ziehen und ihre eigene Kanalisation bauen. Menschen organisieren sich ständig. Familien tun es. Vereine tun es. Genossenschaften tun es. Unternehmen tun es. Nachbarschaften tun es. Dörfer tun es. Menschen gründen Projekte, teilen Ressourcen, schließen Verträge, bauen Netzwerke und entwickeln Regeln für ihr Zusammenleben.

Wir brauchen Organisation. Die entscheidende Frage lautet nur: Wer organisiert wen? Entsteht die Ordnung zwischen den Beteiligten? Oder wird sie ihnen übergestülpt? Werden Entscheidungen dort getroffen, wo das notwendige Wissen vorhanden ist und ihre Konsequenzen getragen werden? Oder dort, wo Menschen weit genug von den Konsequenzen entfernt sitzen,

um sie nicht tragen zu müssen? Vielleicht verläuft deshalb eine der interessantesten gesellschaftlichen Trennlinien unserer Zeit gar nicht zwischen links und rechts. Sondern zwischen zwei vollkommen unterschiedlichen Vorstellungen vom Menschen.

Die eine sagt: Gesellschaft muss organisiert werden. Die andere sagt: Gesellschaft kann sich eigenständig organisieren. Das eine Modell braucht Verwalter. Das andere braucht mündige Menschen. Die Gesellschaft im ersten Szenario fragt nach Zuständigkeiten. Die andere Gesellschaft fragt nach Verantwortung. Freiheit muss man aushalten können

Vielleicht ist Selbstermächtigung deshalb politischer als jedes Kreuz auf einem Wahlzettel. Nicht weil Wahlen bedeutungslos wären. Sondern weil politische Mündigkeit nicht darin enden kann, sich alle paar Jahre einen neuen oder alten Verwalter auszusuchen. Wahre politische Teilhabe beginnt dort, wo Menschen wieder anfangen, Dinge selbst zu tun. Unternehmen zu gründen. Genossenschaften zu bilden. Gemeinschaften aufzubauen. Bildung zu organisieren. Netzwerke zu schaffen. Sich gegenseitig zu helfen. Wissen weiterzugeben. Lokale Lösungen zu entwickeln. Und vor allem: nicht für jedes Problem zuerst nach einer übergeordneten Instanz zu rufen. Denn jedes Mal, wenn wir fordern, jemand möge etwas für uns regeln, sollten wir uns wenigstens für einen Moment fragen: Könnten wir das auch selbst regeln?

Nicht immer wird die Antwort „Ja“ lauten. Aber erschreckend oft haben die meisten die Frage längst verlernt. Und allen Staatsromantikern muss klar sein: Es wird niemals die Regierung geben, die dein Leben für dich richtig organisiert. Es wird niemals die Partei geben, die deine Verantwortung übernehmen kann. Es wird niemals den Arbeitgeber geben, der dir die Verantwortung dafür abnimmt, was du mit der besten Zeit deines Lebens anstellst! Ich glaube, wir brauchen nicht endlich die richtigen Menschen an der Macht. Ich glaube, wir brauchen Menschen, die aufhören, Macht

reflexartig abzugeben. Menschen, die wieder lernen, Entscheidungen zu treffen. Menschen, die Kooperation nicht mit Unterordnung verwechseln. Menschen, die Freiheit nicht bloß fordern, sondern aushalten. Denn Freiheit bedeutet nicht: Endlich entscheidet der Richtige über mich.

Freiheit beginnt mit einer wesentlich unbequemerer Frage: Was, wenn ich wieder selbst verantwortlich bin? Wer sich darum streitet, von wem er regiert werden will, streitet möglicherweise über die falsche Frage. Und solange wir uns nur darum streiten, wer uns regieren soll, sind wir nicht die Lösung des Problems. Wir sind ein Teil davon.



Georg Ashty Bremges, Jahrgang 1984, besser bekannt unter dem Künstlernamen **Ashty 777**, arbeitete bis zur Corona-Pandemie in Köln als Dozent für Songwriting, Music- und Beatdesign, Sprechen und Moderation sowie als Musikproduzent und Sprachregisseur. 2020 gründete er den YouTube-Kanal „The Deframing Channel“ mit unkonventionellen Analysen politischer und gesellschaftlicher Narrative. Heute richtet er seinen radikal freiheitlichen Blick auch auf die Frage, weshalb institutionelle Kritik so häufig in Empörung, Passivität, Personenkult und neuen Abhängigkeiten endet. Im Zentrum seiner Arbeit stehen Selbstverantwortung, persönliche Freiheit und praktische Gestaltung, die er in einem genossenschaftlich organisierten Projekt für Renaturierung, Ökotourismus und weitgehende Selbstversorgung erprobt. Auf „**Ashty777 – FREI LEBEN**“ (<https://www.youtube.com/@ASHTY777-FREILEBEN>)“ dokumentiert er dieses Projekt und beschäftigt sich unter dem Leitgedanken „frei leben, frei reden, frei lernen, frei lieben“ mit Selbstermächtigung,

Beziehungsfähigkeit und authentischer Männlichkeit.